

von
Nicola Glass

Per Volksabstimmung zur Langzeit-Diktatur

Die Autorin ist Journalistin und war viele Jahre u.a. Thailandkorrespondentin der TAZ in Bangkok

In Thailand wurde per Referendum über eine neue Verfassung entschieden. Diese zielt einzig darauf, die Macht der Militärs zu zementieren. Auch das Referendum selbst war weder frei noch fair. Eine Reihe von Bombenattentaten ist ein weiteres Indiz dafür, dass es im Land gärt.

Das offizielle Votum scheint auf den ersten Blick eindeutig: 61,4 Prozent derjenigen, die an dem Referendum vom 7. August teilgenommen hatten, haben für den umstrittenen Verfassungsentwurf gestimmt, während 38,7 Prozent dagegen gestimmt hatten, wie Thailands Wahlkommission am 10. August bekannt gab. Die »Nein«-Stimmen kamen hauptsächlich aus den meisten Provinzen des Nordostens, einer Handvoll Provinzen im äußersten Norden sowie den drei südlichsten, muslimisch dominierten Provinzen Yala, Pattani und Narathiwat. Laut Kommission haben 59,4 Prozent von insgesamt fünfzig Millionen Stimmberechtigten am Referendum teilgenommen. Zuvor hatte es geheißen, die Wahlbeteiligung habe bei nur 55 Prozent gelegen.

Die Bewertungen über den Ausgang fallen indes unterschiedlich aus. Manche Beobachter mutmaßen, Thailands Wählerschaft habe die Nase voll von den politischen Grabenkämpfen und teils blutigen Konflikten während der letzten Dekade. Parinya Thewanarumitkul, Rechtswissenschaftler an der Thammasat Universität in Bangkok erklärte laut »The Nation«, das Ergebnis sei offenbar ein Zeichen dafür, dass die Bevölkerung der politischen Unruhen wie jenen vor dem Putsch 2014 überdrüssig sei. »Die

Wähler haben genug von Interessenkonflikten und einer Demokratie voller Konflikte«, zitierte ihn die Zeitung. Andere Beobachter wurden weitaus deutlicher: Das Resultat zeige, dass die Bevölkerung die Militärregierung akzeptiert habe.

Verfassungsgegner mundtot gemacht

Kritiker sehen das völlig anders. Allein die Bedingungen, unter denen die Volksabstimmung stattfand, waren weder frei noch fair. Seit dem Militärputsch vom 22. Mai 2014 werden diejenigen verfolgt, interniert und angeklagt, die der Junta die Stirn bieten. Das war auch in Zusammenhang mit dem Referendum der Fall: Wer sich im Klima der Repressionen hervorwagte, den umstrittenen Entwurf kritisierte oder zu »Vote No«-Kampagnen aufrief, musste mit bis zu zehn Jahren Gefängnis rechnen. Nach Angaben der Asian Human Rights Commission in Hongkong wurden bis Anfang August mindestens 195 Personen, allen voran studentische AktivistInnen, strafrechtlich belangt, weil sie sich öffentlich gegen den Verfassungsentwurf ausgesprochen hatten.

Dass die Junta ausgewogene Debatten und kritische Stimmen im Keim erstickte, dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, dass vielen WählerInnen die Details dieser Verfassung, die nun Thailands zwanzigste seit dem Ende der absoluten Monarchie im Jahr 1932 ist, unbekannt waren. Im Gegensatz zum Verfassungsreferendum vom August 2007, als jeder thailändische Haushalt eine Kopie des Entwurfs

Demonstration vor dem Bonner Hauptbahnhof gegen die Verfassung des Militärs.
Foto: Manuel Navarrete Torres





Protestbanner gegen die neue Verfassung vor der Universität Bonn.
Foto: Manuel Navarrete Torres

erhalten hatte, wurden dieses Mal vergleichsweise wenige verbreitet.

Dafür ließen Militärregime und Wahlkommission umso mehr Flugblätter verteilen und Fernsehspots schalten, durch welche dem Wahlvolk eingebläut werden sollte, die neue Verfassung diene vor allem dazu, politische Stabilität zu garantieren, die Korruption auszumerzen und das Land unter einer von der Junta vorgegebenen, 20-jährigen »Roadmap« zu reformieren; wobei einzig und allein das konservative, ultra-royalistische Establishment aus aktiven und ehemaligen Militärs, Technokraten und Bürokraten definiert, was unter »Reformen« zu verstehen ist.

Kleine Elite zementiert ihre Macht

Im Klartext: Die neue Verfassung ist alles andere als demokratisch. Stattdessen legt sie den Grundstein für eine Verlängerung der Militärherrschaft durch die Hintertür. Der 250-köpfige Senat wird während der ersten fünf Jahre komplett von der Junta ernannt. Er kann Gesetze und Verfassungsänderungen blockieren und auf diese Weise jede gewählte Regierung und Parlamentarier lahmlegen. Hinzu kommt, dass gewählte Politiker mehr denn je der Kontrolle einer Justiz unterstellt werden sollen, deren Entscheidungen sich in den vergangenen Jahren wiederholt als parteiisch erwiesen haben.

Kritiker sehen in dieser »Demokratie a la Thai-Style«, in der Wahlen zur Farce geraten und die Macht einzelner, großer Parteien gebrochen werden soll, nichts weiter als ein »autoritäres Regime im konstitutionellen Gewand«, das keineswegs den

tatsächlichen Wählerwillen repräsentiert. Die Senatoren würden von der Junta dazu benutzt, eine neue Regierung zu kontrollieren, moniert zudem die Asian Human Rights Commission. Alle Regularien zielen insbesondere auf das politische Lager des Populisten und einstigen Premierministers Thaksin Shinawatra, der im September 2006 von der Armee gestürzt worden war. Thaksin, dessen Parteien unter verschiedenen Namen alle Parlamentswahlen seit 2001 gewonnen hatten, wusste vor allem die ärmeren Wählerschichten aus dem Norden und Nordosten hinter sich.

Die Mehrheit derjenigen, die am Referendum teilgenommen hatten, stimmte auch der verworren formulierten Frage zu, ob der Senat gemeinsam mit den gewählten Parlamentariern berechtigt sein soll, den Premierminister zu bestimmen. Letzterer bräuchte nicht einmal ein Abgeordneter zu sein, was auf einen nicht vom Volk legitimierten Regierungschef hinauslaufen dürfte. Die Hinweise verdichten sich, dass entweder Juntachef und Premierminister Prayuth Chan-ocha weiter im Amt bleiben werde oder dieses an seinen Mentor gehen könne, an Vize-Premier und Verteidigungsminister Prawit Wongsuwan. In ihrer Ausgabe vom 18. August zitierte die »Bangkok Post« Prayuth mit den Worten: »Falls sie keine gute Person finden können, können sie mit mir darüber sprechen.«

Derweil ist das junta-nahe Komitee, das den Verfassungsentwurf geschrieben hat, damit beschäftigt, sogenannte »organische Gesetze« zu formulieren, die im Nachhinein detailliert festlegen sollen, wie ein neuer Premierminister bestimmt wird. Für die Asian Human Rights Commission sind dies alles höchst beunruhigende Zeichen angesichts der Tatsa-

che, dass sich die Menschenrechte seit dem Militärputsch im freien Fall befinden.

Die Gegner des Verfassungsentwurfs waren sich indes uneins darüber, wie sie mit dem Resultat des Referendums im besonderen und mit der Volksabstimmung im allgemeinen umgehen sollten. Die Aktivistin Jitra Cotchadet und ihre MitstreiterInnen weigerten sich, sowohl das Referendum als auch dessen Ausgang anzuerkennen: Die Volksabstimmung sei weder frei noch fair gewesen und habe schon deswegen keine Legitimität, weil auch das Militärregime, das zur Abstimmung aufgerufen habe, illegitim sei, zitierte das Onlineportal »Khaosod English« die AktivistInnengruppe.

Andere wiederum, die mit »Nein« votierten, erklärten, sie akzeptierten das Ergebnis, wiederholten aber ihre Kritik: »Ich bin traurig, dass unser Land zu einer undemokratischen Verfassung zurückgeht«, betonte Ex-Premierministerin Yingluck Shinawatra laut Medienberichten. Die Schwester Thaksins war Anfang Mai 2014 mit neun weiteren Kabinettsmitgliedern wegen angeblichen Amtsmissbrauchs vom Verfassungsgericht ihres Postens enthoben worden. Nur zwei Wochen nach diesem politisch motivierten Urteil stürzte das Militär den Rest ihrer Regierung. Yingluck zeigte sich wenig überrascht über das Resultat des Referendums, da ausgewogene Debatten und ein fairer Wahlkampf im Vorfeld verboten waren.

Wiederaufflammen der Konflikte erwartet

Für die einstige Regierungspartei »Puea Thai« (Für Thais), die durch den Putsch vor über zwei Jahren

aus dem Amt gehievt worden war, gilt offenbar als ausgemacht, dass viele WählerInnen sich deswegen für die umstrittene Verfassung entschieden hatten, weil sie möglichst bald auf Parlamentswahlen hofften. Diese hat Juntachef Prayuth Chan-ocha für 2017 in Aussicht gestellt. Nattawut Saikua, einer der führenden Köpfe der »Rothemden«, die in weiten Teilen Unterstützer Thaksins und Yinglucks sind, gab sich überzeugt, dass die neue Verfassung eine weitere Runde des seit mehr als zehn Jahren währenden Konflikts mit sich bringen werde.

Die Junta dürfte sich nun damit brüsten, dass ihr das Referendum Legitimität verliehen habe. Angesichts der Tatsache, dass mit der Armee und ihren Verbündeten eine vergleichsweise kleine, demokratisch nicht legitimierte Elite die politische Kontrolle behält, wird sich die gesellschaftliche Spaltung Thailands noch weiter vertiefen. Dass auch unter der Militärherrschaft noch weitere ungelöste Krisen gären, zeigte sich an den jüngsten Bombenanschlägen im August in mehreren südlichen Urlaubsregionen.

Während die Polizei von »örtlicher Sabotage« sprach und das Regime sowie junta-nahe Kreise zunächst wenig verbrämt mit dem Finger auf Angehörige der »roten« Opposition als mutmaßliche Täter zeigten, erklärten unabhängige Analysten, dass für die Anschläge am ehesten muslimische Rebellen aus den Provinzen des tiefen Südens, Yala, Pattani und Narathiwat, infrage kämen. Später erklärte Polizeichef Chakthip Chaijinda, es gebe tatsächlich Hinweise auf mutmaßliche Täter aus jener Region, wo Rebellen gegen den buddhistischen Zentralstaat kämpfen und wo der Konflikt seit 2004 mindestens 6.500 Menschen das Leben kostete.

SÜDASIEN
DAS DEUTSCHSPRACHIGE SÜDASIEN-MAGAZIN

Politik und Menschenrechte, Literatur und Religion, Gesellschaft und Geschichte, Kultur und Wirtschaft.

Indien, Pakistan, Bangladesch, Nepal, Sri Lanka, Afghanistan, Bhutan, Malediven.

Aktuelle Analysen, Kommentare, Interviews, Reportagen und fundierte Hintergrundinformation.

Drei bis vier Hefte im Jahr mit jeweils ca. 80 Seiten zum Schmökern, Diskutieren, Nachlesen und Sammeln.

Unabhängige Vierteljahreszeitschrift des SÜDASIENBÜRO, Bonn

SÜDASIEN
Postfach 140 110
53056 Bonn

Abonnement oder Probeheft:
info@suedasienbuero.de
www.suedasienbuero.de